

 MILLIARDEN FÜR NGOS

Wahrheitsministerium für von der Leyen: EU-Kommission führt „European Democracy Shield“ ein

Die EU-Kommission hat am Mittwoch den „Demokrateschild“ vorgestellt. Europäische NGOs und Medien sollen mit noch mehr EU-Geldern „unabhängig“ arbeiten.



Franz Becchi

13.11.2025

🔄 14.11.2025, 11:32 Uhr



Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, kündigte am Mittwoch den „European Democracy Shield“ an.

Francois Walschaerts/AP/dpa

Die EU-Kommission hat am Mittwoch den „Europäischen Demokrateschild“ vorgestellt, ein Maßnahmenpaket, das „konkrete Schritte zur Stärkung, zum Schutz und zur Förderung stabiler Demokratien“ in der gesamten Europäischen Union (EU) vorsieht.

Der Plan soll offiziell die Freiheit und den Schutz der wesentlichen Säulen demokratischer Systeme gewährleisten: „freie Menschen, freie und faire Wahlen, unabhängige Medien, eine lebendige Zivilgesellschaft und starke demokratische Institutionen“, heißt es in einer Pressemitteilung. Zunächst klingt dieser Ansatz vorbildlich, doch die Frage bleibt: Geht es der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen wirklich um die Förderung von Demokratie und Freiheit?

Die EU-Kommission „kämpft“ gegen Desinformation

Ein zentrales Ziel des „Europäischen Demokratieschildes“ ist der „Kampf gegen Desinformation“. Dafür wird ein neues „Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz“ gegründet. Das Zentrum soll in Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten den „Aufbau von Kapazitäten“ fördern, um insbesondere gegen „ausländische Informationsmanipulation und -einmischung (FIMI) und Desinformation“ vorzugehen. Zudem wird ein „unabhängiges europäisches Netz von Faktenprüfern“ in allen EU-Amtssprachen aufgebaut. Die Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien erhält neue „unabhängige“ Überwachungs- und Analysekapazitäten zur Beobachtung von Wahlen und Krisensituationen. Das Wort „unabhängig“ wird dabei mehrfach betont.

Um diese „Unabhängigkeit“ zu gewährleisten, stellt die EU großzügige Gelder zur Verfügung. Zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter NGOs und Thinktanks, sollen verstärkt unterstützt werden. Allein für das Programm „AgoraEU“ sind neun Milliarden Euro eingeplant. Zusätzlich werden die bestehenden Programme Creative Europe und CERV (Citizens, Equality, Rights and Values) unter dem Dach von AgoraEU gebündelt, um die Mittelvergabe zu vereinfachen und engere Verbindungen zu privaten Gebern herzustellen.

Ein [Bericht](#) des italienischen Investigativjournalisten Thomas Fazi beleuchtete Anfang des Jahres die EU-Finanzierungen, insbesondere im Rahmen des CERV-Programms. Es wurde festgestellt, dass die EU in den letzten Jahren vermehrt in zivilgesellschaftliche Organisationen investierte. Für den Zeitraum 2021–2027 ist ein Budget von 1,5 Milliarden Euro vorgesehen, wobei allein im laufenden Jahr 236 Millionen Euro bereitgestellt werden. Zum Vergleich: Der gesamte EU-Haushalt 2023 betrug 189 Milliarden Euro.

Im Jahr 2025 verfolgt die EU-Kommission im Rahmen des CERV-Programms mehrere Ziele, darunter die „Erhöhung des öffentlichen Vertrauens in die EU“ und der Kampf gegen „Desinformation, Manipulation von Informationen und Einflussnahme auf die demokratische Debatte“. Kritiker bemängeln jedoch, dass die Begriffe „Desinformation“ und „Manipulation“ unklar definiert sind, was der EU einen großen Interpretationsspielraum lässt: Wer entscheidet, was als Desinformation gilt?

Besonders die Meinung junger Europäer scheint der EU von großer Bedeutung zu sein. Das European Youth Forum, das sich selbst als „größte regionale Jugendplattform der Welt“ bezeichnet, hat seit 2014 rund 40 Millionen Euro erhalten. Ein zentrales Anliegen dieser Organisationen ist die „Vertiefung der europäischen Integration“, was von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen mit höchster Priorität verfolgt wird.

Das Berliner Institut für Europäische Politik (IEP), ein weiterer Empfänger von EU-Geldern, erhielt in den letzten zehn Jahren rund 14 Millionen Euro. Auch das IEP setzt sich für die europäische Integration ein und arbeitet eng mit dem Auswärtigen Amt sowie der

Europäischen Kommission zusammen. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit liegt auf der Bekämpfung von Desinformation, auch in Ländern wie Moldau, wo 2021 Studierende in Projekten geschult wurden, um Desinformation zu erkennen und darauf zu reagieren, heißt es.

Die EU setzt auf NGOs und Medien

Ein weiterer Bestandteil des „Europäischen Demokratieschildes“ ist die Schaffung einer neuen Plattform für zivilgesellschaftliche Organisationen, die bis 2026 den Dialog über die „Förderung der Werte der EU“ weiter vorantreiben soll. Werden also auch EU-skeptische Organisationen und Medien durch dieses Programm unterstützt?

Die EU-Kommission plant außerdem, die Arbeit im „Europäischen Kooperationsnetz für Wahlen“ zu verstärken und einen „systematischen Austausch“ zu Themen wie der „Integrität von Wahlprozessen“ zu organisieren. Doch gerade in den jüngsten Wahlen in Moldau und Rumänien trat die EU nicht als neutraler Akteur auf.

In den letzten Jahren hat die EU-Kommission nämlich verstärkt in euroskeptische Länder wie Moldau, Ungarn und Rumänien investiert. Im Rahmen des Projekts Blue4EU, das von der Babeş-Bolyai-Universität in Rumänien koordiniert wird, stellt die EU für den Zeitraum 2024–2026 ein Budget von 375.300 Euro bereit. Ziel des Projekts ist es, „das kritische Denken junger Menschen zu stärken“ und sie dazu zu ermutigen, „sich für eine europäische Zukunft zu engagieren“.



+ EU finanziert Medien: Wird durch Millionen ein positives Image gekauft?

Politik 14.07.2025



+ Wie die EU die öffentliche Meinung in ihrem Sinn zu drehen versucht

Politik 20.03.2025



Für „unabhängige“ Medien sieht das neue Programm „Medienresilienz“ eine verstärkte finanzielle Unterstützung vor. Seit 2021 fließen jährlich, laut einem weiteren Bericht von Fazi, fast 80 Millionen Euro in Medienprojekte innerhalb und außerhalb der EU. Besonders im Fokus stehen öffentlich-rechtliche Sender wie die italienische Nachrichtenagentur Ansa, die Deutsche Presse-Agentur (dpa) und die Deutsche Welle.

Das European Digital Media Observatory (EDMO), das Netzwerke zur „Bekämpfung von Desinformation“ unterstützt, hat in den letzten fünf Jahren mindestens 27 Millionen Euro erhalten – ein Bereich, der eng mit der Förderung proeuropäischer Narrative verknüpft ist. Auch das EU-Parlament stellt über seine Generaldirektion Kommunikation seit 2020 fast 30 Millionen Euro für Medienkampagnen bereit, um „die Reichweite gegenüber gezielten Zielgruppen“ zu erhöhen und die „Legitimität der EP-Kampagnen“ zu fördern, insbesondere vor den Europawahlen.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.